

# Ökologische Linke

# Gegen Sozialterror und imperialistische Kriege



**Alltag im Kapitalismus bedeutet weltweit Terror: Erniedrigung, Ausbeutung, Hunger, Verelendung, Leiden und Sterben an vermeidbaren Krankheiten und zerstörter Natur, Diktatur und Krieg. Der Widerstand der Menschen soll durch eine imperialistische Generalmobilmachung unter Führung der USA ausgeschaltet werden.**

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Blocks RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) steht dem Kapital und seiner weltweiten

Herrschaftsordnung fast nichts mehr im Weg, um jeden Widerstand zu brechen und jede Region für die hemmungslose Ausbeutung zu öffnen. Für sein grenzenloses Verwertungsinteresse und unter dem Zwang der Profitmaximierung muss das Kapital über Leichen gehen. Das Kapital führt Krieg gegen die Menschen an mehreren Fronten: Nach außen über nationalstaatliche Grenzen hinweg mit dem Mittel imperialistischer Kriege; nach innen bei der Zerstörung erkämpfter und zeitweise zugestandener sozialer Sicherungssysteme, indem es armen Menschen

und solchen mit niedrigem Einkommen medizinische Leistungen vorenthält und »unproduktive« Menschen mit ihrer Vernichtung bedroht.

Das Kapital entwickelt Produktivkräfte, die grundsätzlich oder unter heutigen Produktionsbedingungen Destruktivkräfte sind. Beispiele für grundsätzliche Destruktivkräfte sind die Atom- und die Gentechnologie. Die Gentechnologie hat die Enteignung von Teilen des menschlichen Körpers zur Folge u. a. durch die Patentierung von Genen sowie die Selektion in genetisch »minder- und höherwertige« Menschen. Die Bioethik firmiert als modernisierte Rassenhygiene. Das sich selbst vermehrende Risiko der Gentechnik etwa durch »Freisetzung« gentechnisch manipulierter Pflanzen und (Klein-)Lebewesen wird in Kauf genommen.

Zum weltweiten Krieg gehört auch eine andere Seite des Ökoimperialismus. Die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen, der Natur, hat weltweit verheerende Ausmaße erreicht. An jedem einzelnen Tag verschwinden 55 000 Hektar tropischer Regenwald und 20 000 Hektar fruchtbares Ackerland. Täglich heizen weitere 60 Millionen Tonnen Kohlendioxid das Treibhausklima an. Das Klima spielt verrückt. Die sozialen Folgen von Hitzeperioden, Tornados und Überflutungen quälen vor allem die Ärmsten. Jeden Tag sterben 100 bis 200 Tier- und Pflanzenarten aus.<sup>1</sup> Der Bestand aller Fischarten in allen Weltmeeren ist in den letzten 50 Jahren auf 10 Prozent ihres früheren Reichtums gesunken.<sup>2</sup> Die Wüsten dehnen sich von Afrika über Vorder- und Zentralasien bis nach China aus. Teile Südeuropas und der USA versteppen. Binnenmeere wie der Aralsee schrumpfen und vertrocknen zu hochgiftigen Salzlachen. Natürliche Ressourcen gehen verloren, deren möglicher Nutzen zur Bekämpfung von Krankheiten noch nicht erforscht wurde. 1,3 Milliarden Menschen haben

keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Binnen einer Generation werden zwei Drittel der Menschheit von akuter Wassernot bedroht sein.<sup>3</sup>

Kapital, Reichtum und die Handels- und Finanzströme konzentrieren sich immer stärker in einigen – miteinander konkurrierenden – kapitalistischen Zentren. Heute sind das die USA, EU-Europa mit Deutschland als stärkster ökonomischer Macht und Japan. Trotz zunehmender Internationalisierung des Kapitals lösen sich die nationalen Grundlagen der einzelnen Kapitale nicht auf. Die nationale Erscheinungsform kapitalistischer Herrschaft kann sich jedoch ändern. So übernimmt die EU Teile der Funktionen eines Nationalstaates.

Der Begriff »Imperialismus« bezeichnet nur eine bestimmte Stufe der Entwicklung des Kapitalismus: die globalen Herrschaftsverhältnisse zwischen kapitalistischen Nationalstaaten der Zentren und der Peripherie und die sich daraus ergebenden Formen, Inhalte und Fronten des weltweiten Widerstands, der Klassenkämpfe.



Der aggressive Expansionsdrang des Kapitals findet z. Zt. seinen Ausdruck in einer Kette imperialistischer Kriege. Die USA sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke auch in diesen Kriegen das dominierende kapitalistische Zentrum. Sie brauchen aber trotz ihrer Stärke die Kooperation mit den anderen kapitalistischen Zentren. Innerimperialistische Konflikte, Konflikte zwischen den Zentren, werden dem untergeordnet. Die Militärausgaben der USA umfassen ca. 43 Prozent der Militärausgaben aller Länder weltweit; das ist etwa doppelt so hoch wie die aller EU-Staaten zusammen. Hinzu kommen die qualitative Überlegenheit der US-amerikanischen Rüstungsprogramme<sup>4</sup> und die weltweite Überwachung des Telekommunikationsverkehrs durch die NSA (National Security Agency).

Ziel des deutschen Imperialismus ist seit etwa einem Jahrhundert die Vorherrschaft in Europa. Die Methoden unterscheiden sich: politischer Druck, ökonomische Herrschaft, Annexionen, Eroberungskriege. Was militärisch zweimal scheiterte, 1914–1918 und 1939–1945, erreicht der deutsche Imperialismus heute mittels seiner wirtschaftlichen Stärke innerhalb der

EU im dritten Anlauf. Die EU soll das Sprungbrett sein, um langfristig die ökonomische Führung zu erreichen.

Jugoslawien wurde seit Anfang der 90er Jahre durch die deutsche Außenpolitik zerschlagen und 1999 durch den ersten Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg bombardiert. So starben, durch deutsche Mitschuld, tausende Menschen. Die SPD/Grüne-Bundesregierung führte mit dieser Kriegsbeteiligung die BRD nach dem NS-Faschismus endgültig in die Normalität eines imperialistischen Staates zurück. Im Februar 2002 übernahm die Bundeswehr den Oberbefehl der NATO-Besatzungstruppen in Kabul.

Mit dem KSK (Kommando Spezialkräfte) verfügt die BRD über ihr eigenes Mordkommando, das an geheimen Einsätzen überall in Afghanistan beteiligt war. Vor zehn Jahren folterten bayerische Feldjäger, im Rahmen eines UN-Einsatzes, ZivilistInnen in Belet Huen. Vor 40 Jahren ermordete die US-Spezialtruppe *green berets* in Vietnam zehntausende GegnerInnen der US-Besatzung. Die besondere inhumane Qualität des KSK soll auf die ganze Bundeswehr ausgeweitet werden: »Wir brauchen den archaischen Kämpfer«, also völlig enthemmte Krieger mit animalischen Eigenschaften, die dem Menschenbild der Vorgeschichte entsprechen – so das faschistoide Denken des Heeresinspektors Generalmajor Budde am 29. Februar 2004.<sup>5</sup> Diese enthemmte Militarisierung soll an der Seite einer Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit marschieren: Der ehemalige Heeresinspekteur Gudera will die »Diskriminierung« »Soldaten sind Mörder« bis zum 50jährigen Jubiläum der Bundeswehr 2005 verboten sehen.<sup>6</sup>

Die Bundeswehr war 2003 – außer mit Bodentruppen – auch am imperialistischen Krieg gegen den Irak beteiligt. Kurz nach Beginn der Invasion in den Irak setzte die Bundesregierung auf einen schnellen Sieg der USA. Ex-SPD-Generalsekretär Scholz: »Die Vereinigten Staaten und Großbritannien sind und bleiben unsere Verbündeten. Ihnen wünschen wir viel Erfolg.«<sup>7</sup> Beim Testlauf für eine imperialistische EU-Interventionstruppe im Kongo stellte die BRD wichtige Teile der militärischen Infrastruktur.

Die deutsche Außenpolitik wird weiter militarisiert und die Bundeswehr für den offensiven, weltweiten Einsatz umgebaut. Sie ist ein Werkzeug, mit dem das deutsche Kapital seine imperialistischen Interessen besonders in Nord- und Zentralafrika, auf dem Balkan und in Osteuropa, im Nahen Osten, im Kaukasus und in Asien verfolgt.

Im Mai 2003 erließ die SPD/Grüne-Bundesregierung neue Verteidigungspolitische Richtlinien.<sup>8</sup> Mit ihnen erhielt die Bundeswehr das Mandat zu weltweiten Interventionen. Kriegsminister Struck hatte vor der Bekanntmachung des Erlasses mehrfach den glasklaren imperialistischen Auftrag bekannt gegeben: »Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.«<sup>9</sup> Die Bundeswehr müsse künftig in der Lage sein, »Krisenbewältigung an jeder Stelle der Erde« zu betreiben. Denn »die deutsche Wirtschaft« sei »aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mitteln« besonders verwundbar, und somit lasse sich »Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen«.<sup>10</sup>

Diesen Zielen entsprechend wird die Bundeswehr weiter zu einer imperialistischen Armee aufgerüstet: Bis 2006 soll die Zahl der so genannten Krisenreaktionskräfte auf 150 000 SoldatInnen verdreifacht werden. Diese Kampfwertsteigerung der Bundeswehr wird ergänzt durch die zig Milliarden teure Anschaffung von Mordwerkzeugen für weltweite militärische Überfälle, für See- und Luftkriegführung.<sup>11</sup> Die Bundeswehr soll fähig sein, zeitgleich zwei kleinere »Operationen« mit je 10 000 oder einen Krieg mit bis zu 50 000 SoldatInnen führen zu können.<sup>12</sup>



Die BRD beansprucht nicht nur eine Führungsrolle in der neuen Militärmacht EU; die EU soll der Bundeswehr den Zugriff auf die französischen und britischen Atombombenarsenale ermöglichen.<sup>13</sup>

Die imperialistische Handlungsfähigkeit der EU hängt von der militärischen Handlungsfähigkeit der BRD ab. Kurz nach der Eroberung Bagdads im April 2003 beschloss die EU auf Initiative u. a. von Deutschland und Frankreich zum ersten Mal die »präventive« Anwendung von militärischer Gewalt beim Vorgehen gegen Feinde der EU. In der neuen EU-Militärdoktrin, die die EU-Kriegsverfassung (Art. 40 Abs. 3)<sup>14</sup> flankiert, heißt es: »Als eine Union mit 25 Mitgliedern, die insgesamt 160 Milliarden Euro für die Verteidigung aufwendet, sollten wir nötigenfalls in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt«<sup>15</sup>, wobei »die Verteidigungslinie ... oft außerhalb der Landesgrenzen liegen« werde. Deshalb sei eine »Sicherheitszone« außerhalb der Mitgliedsländer zu schaffen – eine Umschreibung für einen EU-Hinterhof von Asien bis Afrika. Kern einer einsatzfähigen Interventionsarmee der EU ist die Schnelle Eingreiftruppe (European Rapid Reaction Force) mit einer geplanten Stärke von ca. 200 000 SoldatInnen. Ein kontinuierlicher Kampfeinsatz von ca. 60 000 SoldatInnen, davon ca. 18 000 deutsche, soll gewährleistet sein.

Die NATO ist der Rahmen der kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa für gemeinsame imperialistische Interessen. In der NATO wurde ab 1999 eine offensive Kriegsstrategie ent-

wickelt. Der NATO-Gipfel im November 2002 in Prag befürwortete ein Präventivschlagskonzept und begann mit der Bildung einer Eingreiftruppe NATO Response Force (NRF).<sup>16</sup> Diese Schnelle Eingreiftruppe soll weltweit für Angriffskriege und militärische Überfälle eingesetzt werden. Deutschland wird mehr als 5000 von 21 000 SoldatInnen für die NRF stellen.<sup>17</sup>



Faktisch hat sich eine Einheitspartei SPD/Grüne/CDU/CSU/FDP/(PDS), eine legale Terrorbande des Kapitals, gebildet. Sie steht für imperialistischen Krieg, für die Zerstörung sozialer Absicherungen, für eine verschärfte Ausbeutung weltweit, für Rassismus und für beschleunigte ökologische Zerstörung.

Die Verschärfung des Klassenkampfes von oben erweitert polizeistaatliche Maßnahmen bis hin zur staatlichen Lizenz zum Mord. Die BRD ist ein Polizeistaat auf Abruf geworden, in dem immer mehr Lebensbereiche andauernd überwacht werden. Der bürgerliche Rechtsstaat war einmal stolz auf die Unschuldsvermutung; mit DNS-Massenuntersuchungen beseitigt er sie durch einen Generalverdacht gegen alle, wie er in Diktaturen üblich ist. Diese Tendenz zum totalen Überwachungsstaat führt zu Sonderermächtigungen für den Staat, von den Notstandsgesetzen bis zu den neuesten Anti-Terrorgesetzen. 2004 ist noch der legalisierte staatliche Massenmord durch den Abschuss eines Flugzeuges bei einem so genannten Notstand wie z. B. einer Flugzeugentführung hinzugekommen.<sup>18</sup>

Die Einheitspartei SPD/Grüne/CDU/CSU/FDP/(PDS) treibt unter Führung von SPD/Grünen das umfangreichste Verarmungs- und Verelendungsprogramm in der BRD-Geschichte voran.

Ein UN-Bericht<sup>19</sup> im Jahr 2003 beschreibt, wie sich die soziale Verelendung weltweit ausbreitet: Die Menschen in mindestens 54 Staaten sind heute deutlich ärmer als noch vor zehn Jahren.<sup>20</sup> Immer mehr Menschen sterben an Hunger. Immer mehr Menschen haben keinen Zugang zu einfachster Gesundheitsversorgung und Bildung. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird stetig größer, hunderte von Millionen Menschen in der kapitalistischen Peripherie werden immer stärker daran gehindert, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Kapital und Staat ziehen engere Grenzen: So sollen diejenigen, die sich noch in tariflich geregelten Lohnarbeitsverhältnissen befinden und deren Arbeitskraft noch gebraucht wird, billiger, schneller, intensiver und teilweise länger arbeiten pro Tag, in der Woche und bezogen auf ihre Lebenszeit. Der Verschleiß der Ware Arbeitskraft nimmt mit der Verdichtung und Ausbeutung der Lohnarbeit zu. Der Leistungsdruck erhöht die Bereitschaft vieler, die eigene Arbeitskraft zu noch schlechteren Bedingungen zu verkaufen. Er diszipliniert die Lohnabhängigen, so dass sie sich lieber krank zur Arbeit schleppen, anstatt sich auszukurieren.

**Was schert es das Kapital: Hauptsache, die Maschinen laufen rund um die Uhr.**

Die, deren Leben in Nicht-Lohnarbeitszuständen, z. B. in Rente, Krankheit oder Erwerbsarbeitslosigkeit, zur Zeit noch auf niedrigem Niveau abgesichert wird und auf deren Verwertung als Arbeitskraft das Kapital nicht mehr angewiesen ist, sollen fast alle Einkünfte verlieren. Für sie ist eine Palette von Gewaltmaßnahmen vorgesehen. Sie müssen ohne Verträge als SaisonarbeiterInnen und TagelöhnerInnen schufteten. Langzeitarbeitslose, die eine ihnen »angebotene« Maloche verweigern – und »zumutbar ist jeder legale Job«, so Wirtschaftsminister Clement<sup>21</sup> –, sollen Armutsfürsorge nur noch in Form von Sachleistungen wie Lebensmittelgutscheinen<sup>22</sup> erhalten. Oder man überlässt die zu Überflüssigen Erklärten dem stummen Zwang der Verhältnisse, schiebt sie ab, verjagt Obdachlose aus öffentlichen Räumen und Innenstädten, lässt sie ohne Wohnung, Einkommen, Gesundheitsversorgung oder sogar erfrieren.<sup>23</sup>

**Was kümmert die Herrschenden Glück, Freiheit, Gesundheit, Würde, Solidarität und individuelle Selbstverwirklichung?**

Es handelt sich nicht nur um eine schrittweise Demontage, die verharmlosend Sozialabbau genannt wird, sondern um einen qualitativen Bruch! Leitlinie soll sein: den Brotkorb höher hängen, Strafen verschärfen, Zwangsarbeit ausweiten oder: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!«

Die Entwertung zahlloser Menschen als Lohn-Arbeitskraft zieht ihre Entwertung als Menschen nach sich. Ihr Leben wird nach dieser Logik unwert, überflüssig. Ein Teil dieses Angriffs gegen »Unpro-



duktive« ist die Medienhetze gegen angebliche NutznießerInnen eines schönen Lebens, die menschenverachtend als »Schmarotzer« diskriminiert werden. Anderen wird damit gedroht, ihr für die Kapitalverwertung nutzloses Leben zu beenden, z. B. durch die Euthanasie von alten Menschen: SozialexpertInnen haben vorgeschlagen, Menschen ab 75 Jahren keine medizinische Versorgung und lebensverlängernde Heilbehandlung mehr zu geben, sondern nur noch schmerzstillende Mittel.<sup>24</sup> In den Niederlanden hat der Staat bereits aktive und passive Euthanasie erlaubt – staatlich legitimer Mord!

Weder soziale Absicherungen und zeitweilige Ausnahmen vom Arbeitszwang noch politische Rechte wurden von oben geschenkt, sondern mussten immer wieder in teilweise blutigen Kämpfen der zur Lohnarbeit gezwungenen Menschen erfochten werden. Sie wurden dem Kapital in Form einer staatlichen Grundsicherung bzw. Elendsverwaltung abgerungen. Der kapitalistische Verwertungsprozess verläuft in objektiven Widersprüchen und bietet dem sozialen Wesen Mensch Anknüpfungspunkte für Widerstand und Klassenkämpfe. Die jährliche Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin ist Teil dieses Widerstandes und steht für antikapitalistische Ziele.



## **Revolutionärer 1. Mai: Widerstand gegen den Krieg nach innen und nach außen**

Der 1. Mai als internationaler Kampftag der ArbeiterInnen wurzelt im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit für einen 8-Stunden-Tag, für Mindestlohn und für Arbeitsschutzbestimmungen Ende des 19. Jahrhunderts. Auf dem Kongress der I. Internationale im Juli 1889 in Paris wurde die Forderung an »die öffentlichen Gewalten, den Arbeitstag ... auf 8 Stunden festzusetzen« beschlossen. Dafür sollten an einem bestimmten Tag gleichzeitig in allen Ländern und Städten große Manifestationen organisiert werden. Der 1. Mai wurde gewählt, weil an diesem Tag im Jahr 1886 in den USA ein Generalstreik für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages begonnen

hatte. Am 4. Mai 1886 ging die Polizei auf dem Haymarket in Chicago, einem Zentrum des Streiks, brutal gegen eine Massenversammlung von Streikenden vor und ermordete einige von ihnen. Es folgte eine Phase verschärfter Repression gegen die ArbeiterInnen Chicagos. Die Klassenjustiz verurteilte Aktivisten als Rädelsführer zum Tode.

Die Wurzel des Berliner Revolutionären 1. Mai ist der Widerstand gegen die Repression des Staates gegen alternative Lebensformen in Kreuzberg. Am 1. Mai 1987 wurde dort ein Straßenfest von der Polizei gestürmt. Die Menschen wehrten sich und vertrieben die Polizei in Straßenschlachten. Seitdem finden jedes Jahr in Berlin Revolutionäre 1. Mai-Demonstrationen statt. Sie sind auch ein Ausdruck für den Hass und die Ablehnung der täglichen Demütigung im Arbeitsalltag.

Indem die Ziele des ursprünglichen 1. Mai mit neuen sozialrevolutionären Zielen verbunden wurden, stellt der Revolutionäre 1. Mai Berlin heute einen Tag für die grundsätzliche Ablehnung des Kapitalismus dar. Die Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen Berlins sind die zahlenmäßig größten linksradikalen Demonstrationen in der BRD, trotz aller Repression der Herrschenden.



Kapitalismus ist nicht reformierbar. Seine Verwertungslogik mit dem Zwang zu Ausbeutung, gnadenloser Konkurrenz und hemmungsloser Profitmaximierung produziert die Zerstörung der Natur und die Verelendung und Vernichtung der Menschen zum Vorteil einer verhältnismäßig kleinen, immer mehr Reichtum anhäufenden Klasse. Die Ökologische Linke kämpft deshalb für die sozialrevolutionäre Überwindung des Kapitalismus.

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit, Geld und Waren, eine Gesellschaft, die Gebrauchsgüter herstellt, ohne diese Herstellung asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das grenzenlose Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zur Konkurrenz, zu Egoismus, Ellenbogengesellschaft und Konsum. In einer solchen Gesellschaft wäre die Produktion so vollständig verändert, wie die Produkte und wie die nun verantwortliche Lebensweise. Die gesellschaftliche Entwicklung sowie die Entfaltung der Produktivkräfte und die technologischen Voraussetzungen

## **Ökologische Linke**

### **Kontakt & Information:**

#### **Bundeskontaktadresse**

**Manfred Zieran**  
**Neuhofstr. 42**  
**D-60318 Frankfurt/Main**  
**Tel. +49/(0)69/59 92 70**

#### **Bundesbüro**

**Glauburgstr. 20**  
**D-60318 Frankfurt/Main**  
**Tel. +49/(0)69/77 63 74**

#### **Köln & Nordrhein-Westfalen**

**Dieter Asselhoven**  
**Holweiderstr. 1**  
**D-51065 Köln**  
**Tel. (p) +49/(0)221/620 08 57**  
**Mobil +49/(0)177/200 63 44**

#### **Stuttgart & Baden-Württemberg**

**Christoph Preuschhoff**  
**Schorndorfer Str. 58**  
**D-73635 Rudersberg**  
**Tel. (p) +49/(0)7183/93 26 19**

#### **Berlin**

**Micky Haque**  
**c/o Herbeck**  
**Schwedter Str. 9**  
**D-10119 Berlin**  
**Tel. +49/(0)30/448 51 09**

#### **München & Nürnberg**

**Karin Döpke**  
**Kaulbachstr. 60**  
**D-80539 München**  
**Tel. +49/(0)89/35 66 35 63**

böten die Grundlage für die Versorgung aller Menschen. Diese freie Versorgung der Menschen würde es ermöglichen, die individuellen Bedürfnisse mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten (z. B. Naturerhaltung) zu vermitteln.

Befreite Arbeit verlöre ihre scharfe Trennung zur freien Zeit, für die unter den heutigen Bedingungen von Ausbeutung und Entfremdung wie für eine Zuflucht gekämpft werden muss. Arbeit sollte selbstbestimmter Kreativität, solidarischer Kooperation und der Befriedigung wirklicher Bedürfnisse dienen und nicht der Verschleiß und Verschwendung bedingenden Profitmaximierung, wie es die Produktion unter kapitalistischen Bedingungen tut. ■

### **Stellungnahme des BundessprecherInnenrates (BSR) der Ökologischen Linken**

## Fußnoten

- 1 vgl. Jutta Ditzfurth *Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung*. München: Econ Taschenbuchverlag 2000, S. 248
- 2 »Stummes Sterben. Nur noch 10 Prozent aller großen Fische übrig«, in: telepolis, [www.heise.de](http://www.heise.de) v. 15.5.2003
- 3 Jutta Ditzfurth, a.a.O.
- 4 »Brüssel will Europas Militärindustrie aufrüsten«, [german-foreign-policy.com/de](http://german-foreign-policy.com/de) v. 9.3.2003; vgl. Rat der Europäischen Union: »Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«, 25.6.2003, S. 12
- 5 *Welt am Sonntag* v. 29.2.2004
- 6 *Die Welt* v. 5.3.2004
- 7 *Berliner Morgenpost* v. 31.3.2003
- 8 Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, Erlass des Bundesministers der Verteidigung v. 21.5.2003
- 9 Pressekonferenz des Bundesverteidigungsministeriums am 5.12.2002
- 10 Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, Erlass des Bundesministers der Verteidigung v. 21.5.2003
- 11 »Die Aufrüstung der Bundeswehr zur weltweiten Angriffsfähigkeit«, IMI-Analysen 2003/001, Tübingen 11.11.2003; *Frankfurter Rundschau* v. 17.9.2003; »Deutsche Marine: Weltweiter Kriegseinsatz«, [german-foreign-policy.com/de](http://german-foreign-policy.com/de) v. 9.11.2003
- 12 Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, Erlass des Bundesministers der Verteidigung v. 21.5.2003
- 13 vgl. [imi-online.de/2003](http://imi-online.de/2003)
- 14 Europäischer Konvent, Entwurf des Vertrags über eine Verfassung für Europa, 18.7.2003
- 15 Javier Solanas »Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«, 18.6.2003
- 16 vgl. »Präventivkriege ab dem Prager NATO-Gipfel auch deutsche und NATO-Politik? Der Gipfel von Prag als historische Wegmarke der NATO«, [imi-online.de/2002](http://imi-online.de/2002) v. 20.11.2002
- 17 *junge Welt* vom 19.8.2003; *taz* v. 19.8.2003 und 23.8.2003
- 18 *Frankfurter Rundschau* vom 22.9.2003; »Luftsicherheit« Rede von Hans-Christian Ströbele vor dem Deutschen Bundestag am 30.1.2004, [www.gruene-fraktion.de](http://www.gruene-fraktion.de)
- 19 UN Human Development Report 2003
- 20 *junge Welt* v. 10.7.2003
- 21 *Financial Times Deutschland* v. 8.8.2003
- 22 Tagesschau v. 9.8.2003
- 23 *junge Welt* v. 30.10.2003
- 24 *Konkret* Juli 2003